

Sehr geehrte Damen und Herren,

sehr geehrter Herr Vorsitzender

„Könntest du mir bitte sagen, welchen Weg ich von hier aus nehmen soll?“, fragte Alice auf ihrem Weg durch das Wunderland die Katze. Worauf die Katze antwortete: „Das hängt von einem guten Teil davon ab, wohin du willst.“ Meine Damen und Herren, mit solchen Sätzen versucht die Fabel von Alice im Wunderland Situationen des alltäglichen Lebens einzufangen. Und zumindest passt dieser Dialog auf die Situation, mit welcher die Stadtverordnetenversammlung im Oktober letzten Jahres konfrontiert war. 1100 Punkte Grundsteuer B. Das entspricht einer ausgleichenden Summe von etwa 2,4 Millionen Euro. Schließung der Bücherei, Abschaffung des Nikolausmarktes, Verkauf von Vereinsheimen. Auch das waren weitere Beschlüsse, die der Magistratsentwurf enthielt. Welchen Weg sollen wir also nehmen, fragten die Stadtverordneten? Das hängt davon ab, was ihr wollt, lautete die seit Jahren gleiche Antwort der Verwaltung. Die Grundsteuer auf diesen astronomischen Betrag erhöhen? Oder doch versuchen, die Haushaltsprobleme der Stadt an der Wurzel zu packen und das Haushaltsdefizit anders als nur über den Grundsteuerbetrag auszugleichen?

Für uns als Sozialdemokraten war klar, was wir nicht wollten: Einen solchen Haushalt wie üblich im November beraten und dort nur oberflächliche Korrekturen anbringen und damit die Grundsteuer mit einem Hebesatz von über 1000 Punkten beschließen. Die Kollegen von b-now und NBL sahen das ähnlich. Doch damit begaben wir uns in einen Zielkonflikt. Auf der einen Seite das Bewusstsein, wie unverantwortlich es ist, vor dem Hintergrund einer weltweiten Pandemie Steuern derart drastisch anzuheben und kommunale Einrichtungen zu schließen, während viele Menschen in Kurzarbeit sind, während viele Menschen den Gürtel enger schnallen müssen, während viele Menschen auf die Angebote der Stadt Neu-Anspach angewiesen sind. Auf der anderen Seite die Vorgaben des Landes Hessen, trotz der Pandemie einen Haushalt nach den Maßgaben der sogenannten „schwarzen Null“ aufzustellen. Ausgerechnet das Land, das sich bei Beschluss seines eigenen Haushaltes im Bewusstsein einer Ausnahmesituation selbst eine Befreiung von der Doktrin der „schwarzen Null“ genehmigte, verwehrte den Kommunen eben diese.

Vor diesem Hintergrund war klar, dass die Haushaltsberatungen für den Haushalt 2021 nicht in dem Rahmen ablaufen konnten, ja ablaufen durften, wie sie es den letzten Jahren getan hatten. Ein Show-Kampf im Haupt- und Finanzausschuss und das Ringen darum, wer welcher Gruppe am wenigsten geschadet hatte, galt es zu vermeiden. Deshalb haben wir beantragt, einen nicht-öffentlichen Arbeitskreis zur Haushaltsfrage einzurichten. Arbeit an der Sache statt Arbeit am

Wahlkampf. Damit war der Weg gewählt: den Grundsteuersatz nach Kräften zu minimieren. Sechs Sitzungen, zum Teil ganztägig, hat dieser Arbeitskreis bewältigt. Mir ist bewusst, dass dieser Arbeitskreis seit seiner Gründung umstritten war, doch wird niemand in dieser Versammlung nach Durchlaufen dieser zahlreichen Zusatzsitzungen die Erfolge des Arbeitskreises seriös in Abrede stellen können.

Für mich persönlich war es erstaunlich, zum Teil sogar erschreckend, was wir in diesem Arbeitskreis zu Tage gefördert haben. So haben wir gelernt, dass die Stadt Neu-Anspach seit Jahrzehnten die umliegenden Kommunen mit 235.000 € im Jahr sponsert, sodass diese ihre Integrations-Kinder nach Neu-Anspach geben konnten, ohne selbst einen Platz für sie bereitzustellen. Die tatsächlich anfallenden Kosten wurden diesen Kommunen nie in Rechnung gestellt. 235.000 € liegen gelassen. 235.000 €, die der Neu-Anspacher Steuerzahler zusätzlich über Jahre hinweg aufbringen musste. Wir haben gelernt, dass durch effiziente Personalplanung im KiTa-Bereich 192.000 € an Personalkosten eingespart werden können. Auch diese Gelder wurden in den letzten Jahrzehnten liegengelassen. Im Übrigen gehört zur Wahrheit auch dazu, dass dieses Geld jährlich den städtischen KiTa-Bereich ins Defizit gestürzt und damit die ständig neuen Diskussionen um die Erhöhung der KiTa-Gebühren befeuert hat. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine Gebührenerhöhung der falsche Weg. Daher begrüßen wir es, dass es hierfür keine Mehrheit gegeben hat. Es ist erstaunlich, welche Finanzgräber ein Personalwechsel an entscheidender Stelle in einem Fachbereich zu Tage fördern kann. Mein großer Dank gilt deshalb Dr. Nico Sturm für das akribische Durcharbeiten seines Fachbereichs und die Ermittlung derart gewaltiger Sparpotentiale.

Wir haben im Arbeitskreis aber auch gelernt, dass die Stadt 1134 Grünflächen bewirtschaftet. Manche davon gehören nicht einmal der Stadt. In akribischer Aufarbeitung dieser Flächen haben wir eine lange Liste erarbeitet mit Flächen, die verkauft oder verpachtet werden können. Dieser guten Arbeit des Arbeitskreises ist es zu verdanken, dass weitere 515.000 € im Zuge der Haushaltsberatungen des Finanzausschusses aus dem Haushalt entfernt werden konnten. Auch hier möchte ich es nicht versäumen, Herrn Präger sowie Herrn Wolff für die gute Vorarbeit zu danken!

Es kann also gesagt werden, dass die Einrichtung eines solchen Arbeitskreises gut war. Die Bearbeitung des Haushaltes in dieser Tiefe war wohl seit Jahrzehnten überfällig. Insofern ärgert es eher, dass wir das nicht schon vor Jahren angepackt haben. Aber auch hier gilt: besser spät als nie.

Zuzüglich zu diesen Einsparpotentialen haben sich seit Einbringung des Haushaltes noch zahlreiche signifikante Änderungen ergeben. Seien es die Senkung der Kreisumlage, höhere Landeszuschüsse oder Veränderungen der Steuereinschätzungen. Auch diese Veränderungen belegen, dass es richtig war, die Haushaltsberatungen erst im Februar durchzuführen.

Natürlich haben wir auch während der Haushaltsklausur noch zahlreiche weitere Anträge gestellt. Insgesamt wurden 1,8 Millionen Euro eingespart. Das entspricht im Ergebnis einem Grundsteuersatz von 768 Punkten. Ich will nicht verhehlen, dass das kein Ergebnis ist, was mir große Freude bereitet. Es ist aber das einzige Ergebnis, das unter Zugrundelegung einer seriösen Haushaltsplanung mehrheitsfähig in dieser Versammlung sein kann - einschließlich aller von den Fraktionen vorgebrachten Anträge.

Zugleich hat der Haupt- und Finanzausschuss wichtige Beschlüsse gefasst, welche die Stadt trotz der Finanzlage weiter voranbringen. Wir haben Gelder im Haushalt eingestellt, welche die Sanierung unseres Waldschwimmbades garantieren. Gerade im Zuge der Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig das Waldschwimmbad als kommunale Stätte der Naherholung ist. Deshalb ist es auch richtig, hier entsprechende Gelder in die Hand zu nehmen. Die Schließung der Bücherei hat der Ausschuss – im Übrigen einstimmig – nicht mitgetragen. Auch das ist aus unserer Sicht ein wichtiges Signal an die Bürgerinnen und Bürger. Die kommunale Daseinsfürsorge, zu der die Bücherei zweifelsfrei gehört, bleibt erhalten! Und zuletzt haben wir endlich den Ausbau der sogenannten „Neuen Mitte“ auf den Weg gebracht. Ein Versprechen, das den Bürgerinnen und Bürgern vor Jahrzehnten gegeben wurde und nun endlich umgesetzt wird.

Vor dem Hintergrund des eben Gesagten ist die Haushaltslage zu bewerten. 768 Punkte Grundsteuer B sind nach vielen Einsparungen die einzig realistische Zahl. Gleichzeitig werden wichtige Zukunftsinvestitionen nicht vernachlässigt. Vor diesem Hintergrund wundert mich die Ablehnung von CDU, Grünen und Freien Wählern im Haupt- und Finanzausschuss. Wurden etwa nicht alle Sparpotentiale ausgeschöpft? Wurden etwa nicht alle Vorschläge aller Fraktionen zuzüglich umfänglicher Prüf- und Fragenkataloge beachtet? Wurden etwa nicht alle sinnvollen Anträge - gleich von welcher Fraktion sie kamen – angenommen? Daher ist ein solches Abstimmungsverhalten für mich nicht nachvollziehbar. Es drängt sich der Verdacht auf, dass sich die betreffenden Fraktionen aus wahltaktischen Gründen aus der Verantwortung ziehen wollen. Wem dankt es der Bürger schon, wenn man die Steuern kurz vor einer Wahl erhöht? Schön, wenn man mit solchen Maßnahmen nicht in Verbindung gebracht wird. Blöd, wenn man dazu jedoch selbst keine Alternativen aufzeigen kann. Stattdessen hat man nach Kräften versucht, Teilsummen, die zum jetzigen Ergebnis geführt haben, zu verhindern. Das haben die Debatten

um das Jugendhaus gezeigt. Ich fordere daher alle Fraktionen auf, zum Wohle der Stadt Verantwortung zu übernehmen. Stimmen Sie zu oder machen Sie Alternativvorschläge. Niemand ist um des bloßen Dagegenseins willen gewählt. Wir sollten vermeiden, ein derart desolates Bild an die Bürgerinnen und Bürger zu senden.

Abschließend bedanke ich mich noch bei der Verwaltung für die hervorragende Arbeit. Ich weiß, wir haben Ihnen mit zahlreichen Prüfanträgen und Fragenkatalogen viel zugemutet. Ich bin aber überzeugt, all dieses kritische Nachfragen und Nachhaken aller Fraktionen hat uns zu einem akzeptablen Ergebnis gebracht.

Kehren wir zum Schluss nochmal zu Alice zurück. Auf die Aussage der Katze, sie solle einen Weg wählen, bemerkte Alice: „Ach, wohin ist mir eigentlich gleich.“ Die Katze antwortete: „Dann ist es auch egal, wie du weitergehst.“ Meine Damen und Herren, zeigen Sie heute, dass es Ihnen nicht egal ist, wie wir weitergehen. Stimmen Sie dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu.